



Einzelpreis 5,- €

*Wir*Kommunalen

Praxismagazin für Politik in Stadt und Land

1/17



**ZUSAMMENLEBEN
IN DER KOMMUNE**

GEMEINSAM FÜR UNSERE KOMMUNEN

Das kommunale Praxismagazin **WirKommunalen** ist eine Plattform für alle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und bietet Information, Orientierung, Anreiz und Wertschätzung für das kommunale Engagement.



Bestellen Sie unter: Telefon 030/7407 316-61, Telefax 030/7407 316-63, E-Mail vertrieb@nwmd.de

WirKommunalen erscheint unregelmäßig 2-3 Mal im Jahr und ist zum Einzelheftpreis von 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten erhältlich.

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir haben neue Nachbarn. Knapp 300.000 Menschen sind 2016 nach Deutschland geflüchtet. 2015 war die Zahl drei Mal so hoch. Und allen Unkenrufen zum Trotz ist es gelungen, mehr als eine Million Menschen aufzunehmen. Dass sie alle ein Dach über dem Kopf haben, dass niemand verhungert ist, das ist vor allem den vielen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in den Kommunen zu verdanken. Ihre Arbeit geht weiter. Jetzt geht es nicht mehr darum, die Menschen so schnell es geht vor Kälte und Hunger zu schützen. Jetzt geht es darum, die neuen Nachbarn zu integrieren. Die Menschen, die zu uns gekommen sind, brauchen Wohnungen, Sprachkurse, Arbeitsplätze, Schul- und Kitaplätze. Damit sie Nachbarn werden, statt in Parallelgesellschaften abzudriften. Denn nur erfolgreiche Integration kann die Bedenken der ansässigen Bevölkerung ausräumen.

Ein Blick in die Krisengebiete dieser Welt macht deutlich, dass die Zahl der Geflüchteten nicht dauerhaft zurückgehen wird. Auch in Zukunft werden Menschen nach Deutschland fliehen und in den Kommunen ankommen. Die letzten beiden Jahre waren also eine gute Übung für das, was kommt.

In der dritten Ausgabe von *WirKommunalen* beschäftigen wir uns deshalb mit dem Zusammenleben mit den neuen Nachbarn. In einem Auftaktbeitrag gibt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) einen Überblick über das Thema (Seiten 4 und 5). Wer bleibt, braucht Wohnraum: Wir berichten über den LEG-Preis 2016 (Seiten 6 und 7), der sich der Frage widmete, wie Städtebau erfolgreiche Integration befördern kann. Wie es mit der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten steht, beleuchten wir in einem Beitrag über das Jobkraftwerk (Seite 10) und wir widmen uns einer Tagung von Jobcentern (Seite 11). Wie aus Ausländerbehörden Willkommensbehörden werden können, beschäftigt uns auf Seite 13. Und auf Seite 14 geht es um die besonderen Herausforderungen und Chancen erfolgreicher Integration im ländlichen Raum. Zum Abschluss schauen wir nach Osnabrück, wo in einem Integrationsprojekt jungen Migrantinnen und Migranten das Thema Kommunalpolitik näher gebracht wurde (Seite 15).

Foto: Ines Meier Mit diesem Heft beschließen wir unsere kleine Reihe zum kommunalen Flüchtlingsmanagement. Die nächste Ausgabe von *WirKommunalen* wird im Herbst erscheinen, das Thema: Demografischer Wandel.

Henning Witzel



IMPRESSUM

PROJEKTLEITUNG UND VISDP: **HENNING WITZEL** NETWORK MEDIA GMBH, BÜLOWSTRASSE 66, 10783 BERLIN
REDAKTION: **GERO FISCHER, BIRGIT GÜLL** ANZEIGEN: **KERSTIN BÖHM, SIMONE ROCH**
LAYOUT: **JANA SCHULZE** GRAFIK@JANASCHULZE.DE TITELBILD: **FATCAMERA/ISTOCK.COM**
DRUCK: **DRUCKEREI VETTERS** GUTENBERGSTRASSE 2, 01471 RADEBURG ERSCHEINUNGSTERMIN: **APRIL 2017**



ZUWANDERUNG UND INTEGRATION VON GEFLÜCHTETEN IN KOMMUNEN

GUDRUN KIRCHHOFF

Die Zuwanderung nach Deutschland vollzog sich in den vergangenen Jahrzehnten stets in Zyklen. Einen neuen Höhepunkt erreichte sie im Herbst und Winter 2015/2016. Laut Angaben des Bundesinnenministeriums kamen in beiden Jahren zusammen etwa 1,2 Millionen Geflüchtete nach Deutschland. Unsicher ist, wie sich zukünftig die Fluchtursachen, Flüchtlingsrouten und damit auch die Zahl der Flüchtlinge entwickeln werden. Die Bundesregierung geht in ihren Planungen von jährlich 300.000 Geflüchteten aus.

Die große Zahl zugewanderter Flüchtlinge stellt die Kommunen vor vielfältige Herausforderungen. Neben der Organisation von Unterbringung und Betreuung stellt sich die Frage der langfristigen Integration in die gesellschaftlichen Systeme, wie Wohnen, Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe.

Integration vor Ort

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und ein langfristiger Prozess. Praktisch gelebt und erfahrbar wird sie in Städ-

ten und Gemeinden. Integrationsleistungen erbringen dabei nicht allein (öffentliche) Institutionen, sondern vor allem die Menschen, die in einer Stadt und ihren unterschiedlichen sozialen und institutionellen Kontexten leben, arbeiten und kommunizieren. Wichtige Netzwerke sind in den Quartieren der Städte, den Institutionen der Zivilgesellschaft (Kirchen, Vereinen, Verbänden, etc.), den Bildungsinstitutionen, aber auch den lokalen Unternehmen verortet. Integration ist auf die wechselseitige Befähigung zum gesellschaftlichen Miteinander in der Stadtgesellschaft angewiesen. Ohne das große ehrenamtliche Engagement vieler zivilgesellschaftlicher Akteure wäre die Bewältigung der Aufgaben in den Kommunen nicht möglich gewesen.

Nach Anerkennung ihres Flüchtlingsstatus ziehen die Geflüchteten nach bisherigen Erfahrungen vor allem in die Ballungsräume und dort vorrangig in Gebiete mit großen ethnischen Communities, wo sie auf eine migrantische Infrastruktur und herkunftsbezogene soziale Netze treffen. Diese „Ankunftsorte“ müssen in hohem Maße die gesellschaftlichen Integrationsleistungen erbringen. Es zeigt sich bereits heute, dass

Konkurrenzen zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen das soziale Zusammenleben und das subjektive Sicherheitsempfinden beeinträchtigen können. Deshalb benötigen diese Gebiete Unterstützung und begleitende Integrationsstrukturen, die die sozialräumliche Integration der Zugewanderten und den sozialen Zusammenhalt fördern. Mit dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ konnten in vielen Gebieten entsprechende Strukturen aufgebaut werden. Der neue „Investitionspakt soziale Integration im Quartier“ fördert darüber hinaus die Schaffung von Begegnungsorten und ein begleitendes Integrationsmanagement. Wünschenswert wäre ein allgemeines Integrationsförderprogramm für Kommunen.

Integration in den Wohnungsmarkt

In der Tendenz priorisieren die Kommunen mittel- bis langfristig eine dezentrale Wohnungsunterbringung von Geflüchteten, um die gesellschaftliche Integration zu erleichtern bzw. überhaupt zu ermöglichen. In kleinen Städten des ländlichen Raums klappt in der Regel die dezentrale Unter-



bringung in Wohnungen. In Städten mit angespannten Wohnungsmärkten kann dieses Ziel jedoch kaum umgesetzt werden, da insgesamt, aber vor allem preisgünstige Wohnungen fehlen. Zur Entlastung der Wohnungsmärkte und zur Sicherung eines ausreichenden Angebotes an Sozialwohnungen muss massiv in den Wohnungsneubau investiert sowie Bestandspotentiale (z.B. Leerstand) reaktiviert werden. Ob eine Entlastung der Ballungsräume durch die Wohnsitzregelung erreicht werden kann, ist derzeit nicht einschätzbar. Insgesamt bedarf es langfristiger Konzepte und Strategien sozialer Wohnraumversorgung.

Integration in Bildung und Arbeitsmarkt

Entscheidend für die Integration von Zuwanderern sind gute Kenntnisse der deutschen Sprache und Bildung. Gerade im Bereich Bildung und Erziehung sind auf kommunaler Ebene viele Projekte und Maßnahmen auf den Weg gebracht worden, um die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Flüchtlingsstatus in das

reguläre Bildungssystem stellt in dieser Größenordnung eine enorme Herausforderung für alle Beteiligten dar.

Eine weitere Herausforderung ist die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt. Auch vor dem Hintergrund der Qualifikationsstruktur der Flüchtlinge, viele haben nur eine geringe Schulbildung, gehen Experten davon aus, dass eine qualifizierte Integration in den Arbeitsmarkt erst nach mehreren Jahren gelingen wird. Hier ist das Zusammenspiel der arbeitsmarktrelevanten Akteure mit den Kommunen gefordert, um Anpassungsqualifizierungen und einen Zugang zu Beschäftigung zu ermöglichen.

Kommunale Steuerung und Kommunikation

Um die Anforderungen der hohen Anzahl Zugewanderter organisatorisch zu bewältigen, wurden in vielen Kommunen kurzfristig neue Strukturen geschaffen, wie Lenkungsgruppen innerhalb der Verwaltungsspitze, Krisenstäbe und ressortübergreifende Arbeitsgruppen. Zuvor bereits bestehende Strukturen der Integrationsarbeit wurden dabei nicht immer berücksichtigt. Dadurch sind zum Teil Parallel-

strukturen entstanden, die inzwischen eine „Koordinierung der Koordinierung“ erfordern. Dort, wo an vorhandene Integrationsstrukturen angeknüpft wurde, hat sich gezeigt, dass stabile Kooperationen und Netzwerke vor Ort positive Ankerpunkte für eine gelingende Aufnahme Geflüchteter sind. Angesichts der krisenhaften Erfahrungen müssen die Städte ihre integrationspolitischen Handlungskonzepte, die Zuständigkeiten im Bereich Migration und Integration und das Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamt überdenken und weiterentwickeln. Dabei ist eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit im Sinne einer auf Transparenz angelegten Kommunikationsstrategie wichtig, um Vorbehalte und Ängste in der Bevölkerung abzubauen, fremdenfeindlichen Tendenzen zu begegnen und ein positives Verständnis einer durch zunehmende Vielfalt geprägten Gesellschaft zu vermitteln.

Gudrun Kirchoff, wissenschaftliche Mitarbeiterin
Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht, Soziales
kirchoff@difu.de

NEUE NACHBARN

Wie kann Städtebau erfolgreiche Integration befördern? Integrative Wohn- und Handlungskonzepte von Studierenden liefern vielfältige städtebauliche Antworten

ROBERT ERDMANN, VORSITZENDER DES FÖRDERVEREINS DER LEG UND JURYVORSITZENDER DES LEG-PREISES 2016



Das bunte Quartier – Beispiel für sozialen Wohnungsbau

Eine innovative und quergedachte Idee, wie man städtebaulich Integration angehen kann, ist das Netz der Integration, das die Ausgezeichneten des LEG-Preises 2016 entwickelt haben. In ihm bilden alle wichtigen Alltagsbereiche und Integrationsmaßnahmen eines Quartiers miteinander Synergien und fördern so die Begegnungen und den Austausch zwischen angestammten und neuen Bewohnern. Das Team um Jan den Brave von der TU-Dortmund hat vom programmatischen Leitbild eines bunten Quartiers, dass die Vielfalt seiner Bewohner symbolisiert und abwechslungsreich gestaltet, das räumliche Leitbild eines Netzes der Integration entwickelt.

Die Jury würdigte insbesondere die Analyse und konsequente Ableitung ihres konzeptionellen Ansatzes sowie die anschauliche Projektion der verschiedenen Ansätze, Angebote, baulichen Anpassungen und Maßnahmen auf dem Siedlungsgrundriss als Netz der Integration. Auf Grundlage eines städtebaulichen Entwurfs der Stadt Bonn erfasste das Team die Ausgangssituation und die vorhandenen Strukturen am Standort Bonn Vilich-Müldorf. Durch gezielte Gespräche mit Geflüchteten gewannen sie wichtige Einschätzungen zu kulturellen Unterschieden, Gemeinsamkeiten und vor allem besonderen Wohnvorstellungen. Die hieraus abgeleiteten Ziele

wurden zur Grundlage ihres Konzeptes. Der Entwurf des Nachwuchses ergänzt den städtebaulichen Entwurf für den Wohnpark des programmatischen Leitbildes „Wohnpark II – flexibel, gesund und bunt“ um drei Elemente: anpassungsfähige Baustrukturen, den Einbezug von gesundheitsfördernden Maßnahmen sowie das gute Miteinander durch kulturellen Austausch und der räumlichen Integration der Flüchtlinge im Quartier.

Vielältige Wohnbedürfnisse in vielfältigen Quartieren

Eine weitere ausgezeichnete Arbeit bietet einen anderen interessanten Ansatz durch



„Tiny-houses“ als Beispiel für kostengünstige flexible Bauformen

ein differenziertes Bebauungs- und Wohnkonzept in vier unterschiedlichen Quartieren. Das Team um Kathrin Gast setzt auf das Leitbild „Hallo Nachbarn – mit dem ein integrativer Wohnpark in Vilich-Müldorf“ entwickelt wurde. Sie teilten das Baugebiet in ein Heimwerkerquartier, Kreativquartier, familiäres Quartier und das Atriumquartier auf, das durch eine besondere „Gebäudeanordnung mit innenliegenden Freiräumen insbesondere auch Wohnbedürfnissen von Migranten wieder spiegelt“ (Begründung der Jury).

Damit greift der Entwurf der Studierenden bewusst Wohnkulturen anderer Länder auf und zeichnet sich durch flexible Wohnformen sowie die Möglichkeit, Eigenleistung beim Hausbau einzubringen, aus. Die Jury würdigte besonders den sympathischen Videobeitrag zu ihrer Arbeit, der die Idee von vielfältigen Wohnbedürfnissen in vielfältigen Quartieren nochmals veranschaulicht.

Zielsetzung des LEG-Preises 2016

Die diesjährige Aufgabenstellung des LEG-Preises 2016 befasste sich mit integrativen Wohnkonzepten für Geflüchtete mit Bleibeperspektive. Dieses Thema stand im Frühjahr 2015 fest, noch bevor die Herausforderungen im Zusammenhang mit



Integrativer Wohnpark mit Angeboten für unterschiedliche Zielgruppen: u.a. ein Familien-Quartier, ein Kreativ- und ein Heimwerker-Quartier

Geflüchteten sich in Deutschland durch die hohen Flüchtlingszahlen verschärften. Als Beitrag der Stadtentwicklung zur Integration von Geflüchteten wurden städtebauliche Antworten auf die Herausforderung Integration, integrative Wohnkonzepte, adäquate Verteilung der Nutzungsfunktionen sowie die Organisation der Prozesse zur Integration gesucht.

Entwickelt werden sollten städtebauliche Konzepte und wohnungsbezogene Lösungen für ein gutes Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen im Quartier. Hierfür galt es, integrative Wohn- und Handlungskonzepte für die zwei ausgewählten Standorte Bonn Vilich-Müldorf in Nordrhein-Westfalen (1) und Rudolstadt in Thüringen (2), welche für zwei Gegenpole möglicher integrativer Wohnkonzepte stehen, zu entwickeln.

Für den ersten Standort sollten kleinteilige dezentrale Unterbringungen innerhalb eines neu zu entwickelnden Quartiers integriert werden, für den zweiten Standort ein Konzept für eine große zentrale Gemeinschaftsunterkunft erarbeitet werden.

Interdisziplinäre Nachwuchsförderung

Der LEG-Preis wird seit 1970 alle zwei Jahre von den Landes- und Stadtentwicklungsgesellschaften ausgelobt und leistet einen Beitrag zur interdisziplinären Qualifizierung und Teamfähigkeit künftiger Stadtentwickler. Mit diesem renommierten Städtebau-Wettbewerb werden Standorte mit jeweils aktuellen Aufgabenstellungen aus der Praxis der Unternehmen zur Bearbeitung durch die Wettbewerbsteilnehmenden angeboten. Bei wechselnden Themen

geht es jedoch immer um die Erarbeitung von integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepten für die aktuellen Aufgaben der Stadtentwicklung. So werden gute städtebauliche Lösungen für die ausgelobten Standorte gesucht. Die Teilnehmenden bekommen die Möglichkeit, umfassende Einblicke in ihr angestrebtes Berufsfeld zu erhalten sowie mit ihren Arbeiten einen Beitrag zur Verbesserung der Bau- und Planungskultur in Deutschland zu leisten.

Förderverein der Landes- und Stadtentwicklungsgesellschaften e.V., Anna Stratmann, Axel-Springer-Str. 54b, 10117 Berlin, anna.stratmann@bvleg.de, Tel.: 030 / 755 488 920
www.bvleg.de
www.leg-preis.de

Illustration: Kathrin Maria Gast

ANZEIGEN

www.arxes-tolina.de/unterkunft-planer

arxes-tolina
Engineering IT Software Consulting

Unterkunft-Planer 2

Leistungsstarkes Belegungsmanagement für Flüchtlingsunterkünfte

Die webbasierte Software-Lösung für eine effiziente Belegung von Einzel- und Gemeinschaftsunterkünften durch öffentliche Institutionen.

Zeitersparnis durch:

- Aktuelle Belegungspläne
- Einheitliche Dokumentvorlagen
- Abrechnungen und Statistiken auf Knopfdruck

arxes-tolina GmbH
Siemensdamm 62
13627 Berlin

Tel.: +49 (30) 264745-7700
E-Mail: solutions@arxes-tolina.de

Berlin | Dresden | Eberswalde | München | Neuss | Saarbrücken | Shanghai

DEUTSCHE INDUSTRIEBAU GROUP

JAHRES-CHARTER MODULGEBÄUDE

Mobile massive Unterkünfte für Asylsuchende

Innovative Schulen

Flexible Kindergärten

Repräsentative Gebäude für Verwaltung und Bildung

02942 - 98800 • www.deu-bau.de



Gutes Wohnraummanagement hilft in stressigen Zeiten, den Überblick zu behalten.

INTERKOMMUNALES WOHNRAUMMANAGEMENT: GEMEINSAM STARK

Die Herausforderung der Flüchtlingsunterbringung begreift der Landkreis Osnabrück als kommunale Gemeinschaftsaufgabe

GERO FISCHER

Die Frage nach der Aufnahme von Asylbewerbern ist im Landkreis Osnabrück normalerweise kein großes Thema. Schon vor Jahren hat der Kreis diese Aufgaben per Satzung an seine 21 Kommunen übertragen. Zudem gibt es mit der Erstaufnahmeeinrichtung in Bramsche einen Standort der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen. Sie wird auf die Zuweisungsquote des Landkreises angerechnet. Die Kommunen hatten in der Vergangenheit dadurch normalerweise nur sehr geringe Zahlen an Asylbewerbern zu versorgen.

Die Situation im Herbst 2015 aber ist nicht normal. Hunderttausende Schutzsuchende aus Kriegs- und Krisengebieten kommen in Deutschland an – auch in Niedersachsen. Damals rechnet der Landkreis Osnabrück für das Jahr 2016 mit einer wesentlich höheren Zuweisungsquote für seine Kommunen. Allein bis März 2016 sollen 2.000 Asylbewerber ankommen.

Um sich darauf vorzubereiten, gründet der Kreis im September 2015 eine Task-Force, bei der auch Vertreter aus den Gemeinden eingebunden werden. Die Flüchtlingsfrage soll als kommunale Gemeinschaftsaufgabe betrachtet werden, die Kreis und Gemeinden zusammen

lösen. Und wie überall in Deutschland geht es zuerst um die Frage der Unterbringung. Das Ziel: Die Schutzsuchenden schnell und dezentral unterzubringen und damit die Grundlage für eine erfolgreiche Integration zu legen. Das Problem: Die 21 Kommunen sind in Größe, Struktur und auch bei den Unterbringungsmöglichkeiten sehr unterschiedlich. „Wir brauchten dringend einen Gesamtüberblick darüber, wo wie viele Zuweisungen erfolgen und wo wie viel Wohnraum zur Verfügung steht“, sagt Bärbel Rosensträter, die Leiterin der Task-Force.

Die Task-Force erarbeitet deshalb ein Konzept für ein gemeindeübergreifendes Wohnraummanagement. Gemeinsam sollen die Kommunen nach geeigneten Unterkünften suchen. Der Kreis steuert und koordiniert. Die Umsetzung erfolgt digital: mit einer Plattform im kreiseigenen Intranet, die tagesaktuell über die Situation in den Kommunen informiert. Die technische Basis ist vorhanden, innerhalb von drei Wochen ist das System eingerichtet. Wie viele Flüchtlingszuweisungen gibt es? Wie ist die Art der bisherigen Unterbringung? Wie viele Wohn- und Unterbringungsmöglichkeiten stehen sofort oder zukünftig zur Verfügung? Die Antworten auf diese

Fragen sind jetzt jederzeit abrufbar und geben dem Landkreis die Möglichkeit, im Bedarfsfall steuernd einzugreifen.

Die Kommunen selbst machen von Anfang an mit, auch weil sich die Bürgermeisterkonferenz zuvor für ein interkommunales Vorgehen ausgesprochen hat. Und nach ein paar Wochen funktioniert auch in den jeweiligen Kommunen die tägliche Aktualisierung der Daten. „Die Kolleginnen und Kollegen in den Gemeinden haben schnell gemerkt, dass das System für alle Beteiligten hilfreich ist“, sagt Bärbel Rosensträter.

Ihr Fazit zum Wohnraummanagement: „Ohne das Wohnraummanagement wäre es Anfang 2016 ganz schwierig gewesen, einen Überblick über die Entwicklung zu behalten.“ Der Aufwand mit täglichen Abfragen der Daten bei den einzelnen Kommunen wäre deutlich höher gewesen.

Auch deshalb erhält der Landkreis das Wohnraummanagement weiterhin aufrecht, obwohl sich die Zuweisungszahlen für das Jahr 2017 wieder normalisiert haben. Perspektivisch sollen damit die Gemeinschaftsunterkünfte im Kreis weiter abgebaut werden.

Und auch wenn die entsprechende Task-Force inzwischen aufgelöst wurde und die Arbeit wieder durch die Koordinierungsgruppe Migration und Integration übernommen wurde – die kommunalen Vertreter sind geblieben. „Sowohl für die beteiligten Stellen in der Kreisverwaltung als auch für die Kommunen vor Ort ist deutlich geworden, dass solche Herausforderungen vor allem gemeinsam gemeistert und koordiniert werden sollten“, sagt Bärbel Rosensträter.

Landkreis Osnabrück Geschäftsstelle
Task-Force Flüchtlinge
www.lkos.de und www.wirkommunalen.de

GUTE ERFAHRUNGEN IN DER UCKERMARK

Software zur Verwaltung von Flüchtlingsunterkünften erleichtert Belegungsmanagement

HENNING WITZEL

Die Integration von Geflüchteten ist eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre. Dabei beginnt Integration bereits bei der Unterbringung der Asylsuchenden. Für Kommunen bedeutet dies einen großen zeitlichen und organisatorischen Aufwand. Zur Erleichterung der Planungs- und Organisationsaufgaben hat das Berliner Systemhaus arxes-tolina eine Softwarelösung entwickelt: den Unterkunft-Planer 2. Die Software ermöglicht die Vereinheitlichung und Vereinfachung sämtlicher administrativer Prozesse bei der Verwaltung von Gemeinschafts- und Einzelunterkünften. Thomas Baier, Leiter Business Develop-

ment bei arxes-tolina, erklärt die Vorzüge: „Ein grafischer Raumplan erleichtert die Verteilung der Bewohner auf die Zimmer. Auch die aufwendigen monatlichen Kostenaufstellungen, die für alle untergebrachten Personen in Abhängigkeit vom gerade aktuellen Aufenthalts- und Anwesenheitsstatus erstellt werden müssen, werden von der Software automatisiert ausgeführt.“ Von positiven Erfahrungen kann die Uckermärkische Entwicklungsgesellschaft mbH (UEG) mit Sitz in Prenzlau berichten. Die UEG ist eine 100-prozentige Tochter des Landkreises Uckermark und Betreiber von Flüchtlingsunterkünften in verschiedenen Teilen der

Uckermark. Die dort etwa 300 untergebrachten Personen werden seit November 2016 mit dem Unterkunft-Planer verwaltet.

„Es ist oftmals schwierig, einheitliche Strukturen und eine gemeinsame Datenbasis für die verschiedenen Flüchtlingsunterkünfte zu schaffen. Durch diese Diversität besteht eine hohe Anzahl an Fehlerquellen und es erscheint einem unmöglich, die Kontrolle von außerhalb zu bewahren und jederzeit Auskünfte zu leisten,“ erläutert Jessica Peller, von der UEG. „Mit dem Unterkunft-Planer 2 kann man dem jedoch entgegenwirken. Die Software ermöglicht es zum einen, die gleichen Abläufe und Strukturen an unterschiedlichen Standorten durchzusetzen. Auch kann man mit den aktuellen Daten Auswertungen und Statistiken erstellen und diese als Rechnungslegungsgrundlage nutzen.“

Nach Angaben des Herstellers sind weitere Städte und Kreise am Einsatz des Unterkunft-Planer 2 interessiert.

E-Mail: solution@arxes-tolina.de

ANZEIGE

Wohnraum sofort verfügbar.

SOCIAL HOMES von Cadolto Modulbau.

Integration braucht Freiraum. Genauer gesagt, Wohnraum, der nicht nur bedarfsgerecht, sondern auch bezahlbar und schnell verfügbar ist. Mit konventionellen Bauprojekten lassen sich kaum Lösungen finden, die in der Umsetzung schnell und flexibel genug sind um der Wohnraumknappheit für Zuwanderer gerecht zu werden. Die Alternative, die eine optimale Lösung zu einem niedrigen Festpreis bietet und einen aktiven Beitrag zur Integration liefert? Modulares Bauen mit Cadolto SOCIAL HOMES.

Cadolto liefert das Know-how aus über 125 Jahren deutscher Ingenieurskunst und überträgt mit dem Produktprogramm SOCIAL HOMES seine Expertise als Marktführer für Medizingebäude im Modulbau auf individuelle Gebäudelösungen im sozialen Bereich.

So erhalten Kommunen innerhalb weniger Wochen Wohneinheiten, die ein hochwertiges und architektonisch attraktives Zuhause für Zuwanderer bieten. Ein weiterer Vorteil: die flexiblen Gebäude lassen sich jederzeit vor Ort erweitern, rückbauen oder an einen neuen Standort versetzen. Ganz gleich, ob zu Sozialwohnung, Studentenwohnheim oder Bürogebäude.

Schnelle Hilfe muss nicht in Stein gemeißelt werden. Deshalb lassen sich Modulbauten nicht nur kaufen, sondern auch mieten. In den letzten Monaten wurde eine Vielzahl von Gebäudelösungen in verschiedenen Ausführungen eingeweiht, die diese attraktive Option nutzen. Die damit einhergehende Rücknahmegarantie bietet neben dem neugewonnen Freiraum auch die nötige

Flexibilität. Cadolto denkt aber nicht nur mit, sondern auch voraus. So gibt es aktuell ein Gebäude für 62 Personen auf Lager, das auf einen neuen Einsatzort wartet. Natürlich termingerecht.

Unser Mietangebot: Wohnraum ab 7,00 €

pro Person und Tag
Bei 48 Monaten Miete zzgl.
Montagekosten und MwSt.

Kontaktieren Sie uns:

Cadolto Fertiggebäude GmbH & Co. KG
Wachendorfer Str. 34, 90556 Cadolzburg
Fon: +49 9103 502 0, Fax: +49 9103 502 120
Mail: info@cadolto.com





ARBEITSMARKTINTEGRATION DIGITALISIEREN

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist eine Voraussetzung dafür, dass Integration gelingt. Die Online-Plattform JobKraftwerk unterstützt Kommunen dabei, Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren

GERO FISCHER

In den nächsten Jahren werden der deutschen Wirtschaft immer mehr qualifizierte Arbeitskräfte fehlen. Eine schnelle Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge ist daher wirtschaftlich sinnvoll.

Über eine Million Menschen kamen in den Jahren 2015 und 2016 als Flüchtlinge nach Deutschland, um Schutz vor Krieg und Verfolgung in ihren Heimatländern zu suchen. Gerade für die Kommunen in Deutschland bedeutete die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge einen erheblichen Mehraufwand in den Verwaltungen. Und dieser besteht bis heute: Denn jetzt geht es darum, die Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren. Damit das gelingt, brauchen sie vor allem einen Zugang zum Arbeitsmarkt.

Online-Plattform reduziert Aufwände von Kommune und Behörden

Genau hier setzt das Projekt JobKraftwerk an – eine regionale Online-Plattform, die die Verwaltungsschritte der Arbeitsmarktintegration digitalisiert und so hilft, die Kommunen zu entlasten. Auch Geflüchtete und Unternehmen finden über die Plattform besser zueinander. „Mit JobKraftwerk können die Zusatzaufwände der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten optimiert, der Prozess beschleunigt und das Ergebnis verbessert werden“, sagt Tom

Lawson, einer der drei Gründer von JobKraftwerk.

Entwickelt und erprobt wurde JobKraftwerk in einem Pilotprojekt zusammen mit dem Landkreis Reutlingen. Innerhalb kürzester Zeit konnten dabei mehr als 50 Prozent der beschäftigungsfähigen Geflüchteten in der Pilotregion erfasst werden. „Erste Vermittlungen auf Basis der JobKraftwerk-Lebensläufe konnten bereits realisiert werden und der Effizienzgewinn sowie die Erhöhung der Qualität bei der Kompetenzerhebung liegt über den Erwartungen“, sagt Sven Jäger, Integrationsbeauftragter des Landkreises Reutlingen. Am 1. Januar 2017 ist JobKraftwerk in den Regelbetrieb für den ganzen Landkreis gegangen. Und ebenfalls seit Januar können deutschlandweit Landkreise die Vorzüge von JobKraftwerk nutzen. Drei weitere Landkreise werden in den nächsten Wochen mit JobKraftwerk starten.

Kommunen, Geflüchtete und Unternehmen profitieren

Und so funktioniert es: Die Online-Plattform digitalisiert die Kompetenzerfassung in Muttersprache und auf jedem digita-

len „Device“. Das heißt, Flüchtlinge können online und in ihrer Muttersprache Angaben zu ihren Berufserfahrungen und Kompetenzen machen und werden digital erfasst. Damit lassen sich im Vergleich zur papierhaften Erfassung mit zum Beispiel dem „Mini-Arbeitspaket“ der Agentur für Arbeit mehr als 95 Prozent der Kosten und Aufwände einsparen. Zudem erhalten die Kommunen Zugriff auf die Daten, um zum Beispiel weitere Qualifizierungsmaßnahmen aufzusetzen. Auch die Geflüchteten profitieren: Sie erhalten einen deutschen Standard-Lebenslauf, den sie für Bewerbungen verwenden können.

Dazu werden kommunale Prozesse wie die Beantragung einer Arbeitserlaubnis digitalisiert. Dadurch lassen sich zum Beispiel bei 2500 Geflüchteten pro Landkreis mehr als 1000 Behörden-Stunden pro Monat einsparen. Und auch die Arbeitsmarktintegration läuft digital ab: durch ein regionales Job-Matching für Geflüchtete und Kandidaten-Matching für Unternehmen inklusive digitaler, fallbezogener Unterstützung für Unternehmen bei der Einstellung von Geflüchteten. Bei einer Vermittlung von fünf Prozent der Geflüchteten in nachhaltige, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen lassen sich pro Monat 1,25 Millionen Euro einsparen.

Integration: gesellschaftlich und wirtschaftlich notwendig

Die schnelle Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt ist dabei kein Selbstzweck. Neben gesellschaftlichen sind es auch wirtschaftliche Gründe, die dafür sprechen. Eine Studie des Internationalen Währungsfonds zeigt in zwei Szenarien auf, wie sich eine „normale“ und eine „langsame“ Integration in den Arbeitsmarkt auf das Brutto Sozialprodukt (BSP) sowie die Arbeitslosenquote auswirken würde. Das langsame Integrationszenario führt hierbei zu einer dreimal höheren Belastung des Brutto Sozialprodukts und einem um 240 Prozent höheren Anstieg der Arbeitslosenquote.

Demgegenüber steht die große Chance, dem akuten Mangel an Arbeitskräften – aktuell sind in Deutschland ca. 1 Million Stellen offen und in 2016 konnten mehr als 40.000 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden – mit Hilfe der Geflüchteten zu begegnen. Denn mit dem demographischen Wandel werden in den nächsten zehn Jahren Millionen Arbeitskräfte fehlen, gerade im ländlichen Umfeld. Umso wichtiger ist eine schnelle, zielgerichtete und nachhaltige Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Kontakt: Tom Lawson, Oliver Queck und Benedikt Frings
E-Mail: info@jobkraftwerk.com
www.jobkraftwerk.com

WIE KÖNNEN WIR SCHNELLER WERDEN?

Kräfte bündeln für die Integration von Flüchtlingen

DR. MATTHIAS SCHULZE-BÖING



Chor der Teilnehmerinnen von Arbeitsmarktmaßnahmen des Trägers ALPHA in Wuppertal, auf der Tagung des Bundesnetzwerks Jobcenter Ende Januar 2017 in der Stadthalle Wuppertal

Kräfte bündeln für Integration“ – unter diesem Motto trafen sich auf Einladung des Vereins „Beschäftigungspolitik kommunal“ und des „Bundesnetzwerks Jobcenter“ rund 240 Jobcenter-Leiter und Experten aus Wissenschaft, Ministerien und Verbänden Ende Januar in der historischen Stadthalle Wuppertal, um aktuelle Herausforderungen und Strategien für die Integration von Flüchtlingen in Arbeitsmarkt und Gesellschaft zu diskutieren.

Experten präsentierten Daten und Erkenntnisse zu Erfolgsfaktoren, aber auch zu Stolpersteinen bei der Integration. Stephan Liebig, leitender Forscher der OECD, wies auf den Zeitfaktor hin. Das Erlernen der Sprache, berufliche Qualifizierung, aber auch die notwendige Anpassung an die Logik des Arbeitsmarktes des Aufnahmelandes mit seinen Verhaltensnormen, Regeln und ökonomischen Mechanismen – all das braucht Zeit. Mit acht bis zehn Jahren müsse man rechnen, bis die Beschäftigungsquoten von neuen Immigranten denen der Aufnahmegesellschaft entsprechen.

Es ist unwahrscheinlich, dass Fluchtimmigration zu einem schnellen Gewinn für den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft wird. Vielmehr sind für lange Zeit große Anstrengungen notwendig. Es braucht Geduld und Realismus auf Sei-

ten der Gesellschaft, aber auch auf Seiten der Menschen, die neu nach Deutschland gekommen sind. Integration ist ein Marathon-Lauf, kein Sprint.

Kann Integration dennoch beschleunigt werden?

Auch hier gab die Tagung interessante Hinweise. So sind das gute Funktionieren lokaler Netzwerke, eine gute Zusammenarbeit von Behörden und Wirtschaft sowie die Mobilisierung des Engagements der Zivilgesellschaft, von Freiwilligen-Initiativen, Kirchen, Vereinen und Verbänden wichtige Erfolgsfaktoren, wie Claudia Walther, Projektleiterin der Bertelsmann-Stiftung berichtete. Auch ein gutes Ineinandergreifen von Sprachkursen, beruflicher Qualifizierung und sozialen Integrationsmaßnahmen ist wichtig für den Erfolg, so die Erfahrungen in Österreich, von denen Petra Draxl, Chefin des Arbeitsmarktservice Wien, berichtete.

Die Optimierung der Integrationsarbeit brennt auch den deutschen Jobcentern auf den Nägeln. Noch immer ist es nicht überall gelungen, die Sprach- und Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gut mit den Förderangeboten der Jobcenter zu verknüpfen. Hier braucht es mehr Flexibilität und die Bereitschaft, enges Zuständigkeitsdenken zu überwinden. Die Jobcenter werden

mehr und mehr die zentralen Drehscheiben für Integration. Deshalb müssen dort auch Kompetenzen und Ressourcen gebündelt werden, so das Resümee der in Wuppertal versammelten Experten.

Gleichzeitig müsse über die Maßnahmenarchitektur im deutschen System neu nachgedacht werden. Sprachkurse und berufliche Qualifikation, Arbeitserfahrungen, erste Schritte im deutschen Arbeitsmarkt – wenn man das alles nacheinander aufreht, kann es sehr lange dauern, bis die Neuankommlinge wirklich im Arbeitsmarkt ankommen. Besser wäre, verschiedene Fördermaßnahmen zu integrieren, beruflich zu qualifizieren oder mit Arbeit zu starten und parallel dazu Sprachkenntnisse zu vermitteln. Das könnte Prozesse abkürzen.

Dafür sind Pragmatismus und neue Maßnahmenkonzepte erforderlich. Der immer noch zu oft gepflegte deutsche Perfektionismus mit der Orientierung an formalen Zertifikaten und hohen Eingangshürden bei Berufsausbildung und Aufnahme von Arbeit steht dem eher entgegen. Hier braucht es neues Denken und Innovationsbereitschaft bei den Machern in den Jobcentern, aber auch bei Wirtschaft, Kammern und Bildungseinrichtungen.

Nicht zuletzt sollte man sich auch viel konsequenter als bisher mit den Interessen und Motiven der Immigranten selbst auseinandersetzen, sie als Experten in eigener Sache ernst nehmen. Warum nicht Flüchtlinge und Immigranten selbst zu Maßnahmenplanern und Mit-Entscheidern machen? Auch darüber muss neu nachgedacht werden.

Weitere Materialien der Tagung finden sich auf der Webseite: www.sgb-ii.net



Dr. Matthias Schulze-Böing

Geschäftsführer des kommunalen Jobcenters MainArbeit der Stadt Offenbach und Sprecher des Bundesnetzwerks Jobcenter

Berliner Str. 190, 63067 Offenbach am Main
T. 069-8065-8200
schulze-boeing@offenbach.de



Engagiert für Flüchtlinge und ehrenamtliche Helfer: „Dankeschön-Fest“ im Rhein-Pfalz-Kreis



Umsetzung des AsylbLG im Rhein-Pfalz-Kreis: Zentrale Steuerung, dezentrale Bearbeitung

GRUNDVERSORGUNG FÜR ASYLSUCHENDE

Aufgabenteilung im Rhein-Pfalz-Kreis schafft Effizienz

OLIVER HAASERT, PROSOZ HERTEN GMBH

Mit der Zahl der Asylsuchenden stiegen auch die Anforderungen an die Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG). Eine gemeinsame Lösung von Kreisverwaltung und kreisangehörigen Gemeinden im Rhein-Pfalz-Kreis sorgt für kurze Wege – zum Wohl der Betroffenen und der eigenen Mitarbeiter. Der Rhein-Pfalz-Kreis verfolgt das Ziel, so viele Asylbewerber wie möglich dezentral unterzubringen. Da ist es folgerichtig, wenn auch die Betreuung vor Ort stattfindet. „Wir wollten eine Regelung, die den Bedürfnissen der Gemeinden entspricht“,

so Heribert Werner, Abteilungsleiter Sozialen/Senioren/Betreuungen.

Dezentrale Lösung schafft kurze Wege

Anlaufstelle für Asylbewerber sind jeweils zwei Betreuerinnen und Betreuer in zehn kreisangehörigen Gemeinden. Dort werden die AsylbLG-Fälle bearbeitet, während übergreifende Aufgaben wie etwa die Krankenhilfeabrechnung beim Kreis verbleiben. Wie in vielen Landkreisen ist die Entfernung der einzelnen Gemeinden zur Hauptverwaltung groß. Die dezentrale Lösung

schafft nun nachhaltige Entlastung. Die Bearbeitung erfolgt mit OPEN/PROSOZ von PROSOZ Herten, einem der führenden Fachverfahren für die soziale Sicherung. Alle Mitarbeiter haben die Software lokal installiert, greifen aber auf eine zentrale Datenbank in Ludwigshafen zu. Damit ist der volle Programmzugriff gewährleistet, während die Datenadministration keine zusätzlichen Kräfte bindet. Das ist wichtig, denn die Zahl der Asylbewerber bleibt hoch. Nur wenn die Grundversorgung gesichert ist, können weitere Schritte zu einer erfolgreichen Integration greifen.

KURZ & KNAPP

ICW17: AUSTAUSCHFORUM FÜR INTEGRATION

28. April 2017 in Frankfurt am Main

Das zweite ICW17 der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände ist ein innovatives Austauschforum für Unternehmen, Organisationen und Personen, die sich mit der Integration von Flüchtlingen beschäftigen sowie selbstverständlich auch für Flüchtlinge selbst. Schwerpunkt ist die Integration in Arbeit und Ausbildung. Ziel ist, allen Akteuren ein Forum zu bieten, auf dem sie ihre Erfahrungen und Konzepte austauschen, voneinander lernen und Kooperationen und Netzwerke bilden können. Die Teilnahme ist kostenlos.

Ort: Haus der Wirtschaft, Emil-von-Behringstr. 4, 60439 Frankfurt am Main

www.integrationscamp.wordpress.com

DIFU SEMINAR: INTEGRATION VON GEFLÜCHTETEN IN KOMMUNE UND QUARTIER

Mai 2017 in Berlin

Ein Großteil der Geflüchteten wird sich in (Groß-)Städten ansiedeln und hier vor allem in Quartieren, in denen sie Zugang zu sozialen, kulturellen und materiellen Ressourcen finden – dies dürften in vielen Fällen Gebiete der Sozialen Stadt sein. Es stellt sich die Fragen, mit welchen Integrationsanforderungen Kommunen und Quartiere konfrontiert sind, welche Rahmenbedingungen für Integration vor Ort gegeben sind und welche kommunalen Strategien und Konzepte sich als tragfähig erweisen.

Weitere Infos: fortbildung@difu.de

FACHVERANSTALTUNG DES DEUTSCHEN VEREINS: INTEGRATION VON ZUGEWANDERTEN

26. bis 28.04.2017 in Berlin

Die öffentliche Diskussion über Migration und Integration hat sich verändert. In der Veranstaltung werden verschiedene Aspekte der Themenfelder Integration und Förderung von Zugewanderten aufgegriffen. Mit der Zielrichtung „Ermöglichung von Förderung und Integration“ werden verschiedene Themen erörtert: etwa die Schaffung passgenauer Förderangebote, Koordinierung von Netzwerkarbeit in der Kommune, Zugangswege in die Regelförderung/Regelangebote oder die Reflexion der Arbeit in interkulturellen Zusammenhängen.

Info: www.deutscher-verein.de/veranstaltungen-2017-integration-von-zugewanderten-2528,961,1000.html

AUSLÄNDERBEHÖRDEN – WILLKOMMENSBEHÖRDEN?

Die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Ausländerbehörden im Fokus

CHRISTIANE VON BERNSTORFF, RAMBOLL MANAGEMENT CONSULTING

Die ohnehin hohen Anforderungen an die Arbeit der Ausländerbehörden haben sich in den letzten Jahren weiter potenziert. Die Ursachen hierfür sind vielfältig: eine hohe Steigerung der Fallzahlen, sich verändernde rechtliche Bestimmungen und nicht zuletzt ein Spagat zwischen der Durchsetzung von Ordnungsrecht und Aufgaben kommunaler Willkommenskultur.

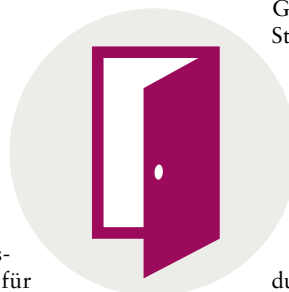
Dabei sind die Behörden für viele der erste Anlaufpunkt und dadurch wichtige Schnittstellen zu vielen weiteren Akteuren in der Kommune. Schon im Jahr 2013

wurde mit Blick auf diese besondere Aufgabenstellung das Modellprojekt „Ausländerbehörden – Willkommensbehörden“ des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge auf den Weg gebracht.

In diesem Projekt haben wir mit unserem Partner IMAP zehn Modellstandorte in ihrer Weiterentwicklung zu Willkommensbehörden begleitet. Dabei wurde ein grundlegender Orientierungsrahmen entwickelt, welche Aspekte in einer Ausländerbehörde heute eine wichtige Rolle

spielen sollten. Als besonders relevant wurden beispielsweise das Selbstverständnis bezüglich der eigenen Rolle im Zuwanderungsprozess, die Kommunikation sowie die Vernetzung mit relevanten Akteuren innerhalb und außerhalb der Verwaltung eingeschätzt.

Genauso wichtig ist jedoch die Stärkung der fachlichen, sozialen und interkulturellen Kompetenzen der Beschäftigten. Nun gibt es aber nicht die Willkommensbehörde. Unser Ziel einer guten Beratung der Ausländerbehörden ist es daher, auf Basis dieses Orientierungsrahmens individuell für jede Behörde Maßnahmen abzuleiten und umzusetzen, die sie in der Bewältigung der jeweils aktuellen Herausforderungen vor Ort unterstützen.



Weitere Informationen finden Sie unter:

www.migration.ramboll.de

www.bamf.de/werkzeugkoffer

ANZEIGE



Damit Integration gelingt ...

bietet die DEKRA Akademie bundesweit die **Weiterbildung zum/zur Integrationsbeauftragten** für Beschäftigte in Unternehmen an und fördert darüber hinaus mit individuellen Qualifizierungsmaßnahmen den Erfolg von Menschen mit Migrationshintergrund am deutschen Arbeitsmarkt. Wir bieten u. a.:

- Integrationskurse sowie berufsbezogene Deutschförderung (BAMF)
- Einzel- und Gruppencoaching (bezogen auf die spezifischen Integrationsbelange Geflüchteter)
- Fachqualifizierungen mit integrierter Sprachförderung (AZAV) für Lager, Transport, Schutz und Sicherheit, Verkauf u.a.

Weitere Informationen erhalten Sie unter 0711.7861-3939 oder auf www.dekra-welcome.com

 **DEKRA**
Alles im grünen Bereich.

INTEGRATION IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

Eine Studie des Deutschen Landkreistags zeigt Praxiserfahrungen von 18 Landkreisen und macht diese anhand von guten Beispielen für andere Kommunen nutzbar

MIRIAM ELSAESSER, REFERENTIN BEIM DEUTSCHEN LANDKREISTAG

Die Integration der in den letzten Monaten und aktuell nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge findet in den Kommunen – den Landkreisen, Städten und Gemeinden – statt. Hier benötigen die Menschen eine Wohnung, Arbeit und den Zugang zu Bildungseinrichtungen, hier lernen sie die deutsche Sprache, knüpfen Kontakte und nehmen am gesellschaftlichen Leben teil. Dass die Landkreise mit ihrer Verantwortung für die Kinder- und Jugendhilfe, Sozialämter, Ausländerbehörden, Jobcenter und Netzwerkbildung in Migrationsfragen somit viel mehr leisten als Aufnahme und Erstversorgung stellt der Deutsche Landkreistag auch in seiner Studie „Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen – Strategische Leitlinien und Best Practices“ heraus.

Für diese Studie hat der Deutsche Landkreistag in Zusammenarbeit mit der Agentur vivventure die umfassende Vorgehensweise bei der Integration in 18 Landkreisen in allen 13 Flächenbundesländern aufbereitet. In über 120 Gesprächen mit Landräten, Integrationsbeauftragten der Landkreise und Verantwortlichen für Integrationsprojekte wurden dabei Modelle, Strukturen und Projekte für gelingende Integration untersucht. Diese finden sich in der Studie als sogenannte Best Practices wieder. Sie bilden ab, mit welcher Vielfalt und Motivation die Landkreise das komplexe Thema der Integration von Flüchtlingen in ländlichen

Räumen angehen und wie diese Integration gelingen kann. Zugleich sind die Beispiele Anregung für andere Landkreise, ähnliche Maßnahmen und Projekte umzusetzen.

Die 200 Seiten umfassende Studie gliedert sich in die sechs integrationsrelevanten Bereiche Sprache, Wohnen, Arbeit und Berufsausbildung, Schule und Bildung, Ehrenamt und gesellschaftliches Zusammenleben. Unter diesen Überschriften finden sich neben den Erkenntnissen und den praktischen Beispielen aus den Landkreisen zusätzlich thematisch passende Gastbeiträge und Interviews mit Politikern, Wissenschaftlern und anderen Experten.

Als Ergebnis der Studie stehen praktische Ziele und Maßnahmen für die Arbeit der Landkreise, gegliedert nach den oben genannten Bereichen. Sie machen deutlich, dass die Integrationsmaßnahmen für anerkannte Schutzberechtigte und Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive möglichst frühzeitig vorangetrieben werden sollten:

Wichtig ist, schnell zu handeln

So ist es entscheidend, dass diese Gruppen möglichst schnell Sprachkenntnisse erlangen. Zudem sollte eine dezentrale Wohnsituation unter Berücksichtigung von Aspekten wie Erreichbarkeit von Sprachkursen, Schulen und Kitas, Ärzten und öffentlichem Nahverkehr angestrebt werden. Eine Maßnahme, um dieses Ziel zu erreichen, ist beispielsweise die Implementierung eines gemeindeüber-

greifenden Wohnraummanagements durch die Landkreise. In Bezug auf die Integration in den Arbeitsmarkt ist die Absolvierung einer Berufsausbildung einer schnellen Integration in Helferjobs grundsätzlich vorzuziehen. Um dies zu unterstützen, werden in den Landkreisen bereits viele sinnvolle Projekte zur Berufsfindung, Arbeiterprobung und Einstiegsqualifizierung durchgeführt, die sich auch in der Studie wiederfinden. Die frühzeitige Aufnahme von Kindern und Jugendlichen in die Schulen und Kitas bildet den Ausgangspunkt für eine nachhaltige Integration in Arbeit und Gesellschaft. In den Kommunalen Bildungslandschaften können die Landkreise die vielfältigen Bildungsangebote sinnvoll koordinieren. Das ehrenamtliche Engagement ist eine starke Säule bei der Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen. Entscheidend ist dabei, dass die ehrenamtlichen Helfer durch hauptamtliche Mitarbeiter kommunal unterstützt und koordiniert werden. In Bezug auf das gesellschaftliche Zusammenleben ist ein friedliches Miteinander das Ziel. Hierfür müssen einerseits Werte und Gepflogenheiten vermittelt, aber auch direkte Begegnungen zwischen Flüchtlingen und der einheimischen Bevölkerung gefördert werden.

Neben diesen praktischen Zielen und Maßnahmen für eine Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen verweist die Studie auch noch auf einen anderen Aspekt, denn die an dem Projekt beteiligten Landkreise weisen sehr unterschiedliche Voraussetzungen auf: strukturstark und -schwach, bevölkerungsreich und -arm, mit großen kreisangehörigen Städten oder sehr ländlich geprägt, im Einzugsgebiet einer Großstadt oder mit wenig infrastruktureller Anbindung. Die Studienergebnisse zeigen: Eine erfolgreiche Integration ist unabhängig von diesen Faktoren möglich.

Die gesamte Studie steht kostenlos unter folgendem Link zur Verfügung: www.wirkommunalen.de



Erfolgreiche Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum funktioniert



Sebastian Grüner interviewt Osnabrücks Integrationsbeauftragte Seda Rass-Turgut.



Benedikt Frese war als Reporter auf dem Wochenmarkt unterwegs.

EIN NEUES FELD

Osnabrück wagt den Brückenschlag zwischen der Kommunalpolitik und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

ULF BUSCHMANN

Wie setzt sich überhaupt der Stadtrat zusammen? Wie werden Zuwanderungsthemen behandelt? Und wie können sich junge Leute einbringen? Viele Jugendliche, insbesondere mit Zuwanderungsgeschichte, haben auf diese Fragen nur wenige, meistens aber keine Antworten. In Osnabrück soll das anders werden. Jungen Leuten zwischen 16 und 25 Jahren wird seit dem vergangenen Jahr der Weg in die Kommunalpolitik geebnet – die Türen zum Migrationsbeirat und zum Jugendparlament stehen ihm weit offen. Wer sich für die Arbeit in den Gremien interessiert, bekommt Rat und Hilfe.

Drei Jahre lang sind junge Leute aus Osnabrück mit und ohne Migrationshintergrund darauf vorbereitet worden, sich in die Kommunalpolitik einzumischen. Dies alles geschieht im Rahmen des Projekts „In:Komm: Deine Meinung, deine Demokratie, dein Osnabrück“. Am 15. März geht es mit der Veranstaltung „Wir müssen dabei sein. Kommunalpolitische Teilhabe in Osnabrück“ mit Oberbürgermeister Wolfgang

Griesert und dem niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius über die Ziellinie.

Seda Rass-Turgut, Osnabrücks Integrationsbeauftragter, und ihren Mitarbeitern war es in jüngster Vergangenheit aufgefallen, dass zwar viele Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt leben, gleichwohl aber findet sich dieser Teil der Bevölkerung nicht im Stadtrat wieder. Vom Interesse der jungen Leute an der Kommunalpolitik ganz zu schweigen. Dies, so die Fachleute, sei nicht nur ein Integrationshindernis, sondern fördere auch die Radikalisierung. Somit war die Idee zu „In:Komm“ geboren. „Demokratiekompetenz und Empowerment sind die tragenden Ziele des Projektes – die beste Prävention vor Radikalisierung“, sagt Rass-Turgut.

Nach Kooperationspartnern mussten die Macher des Projekts nicht lange suchen. Hierzu haben sich die Berufsbildenden Schulen (BBS) am Pottgraben und die Stadt zusammengetan. Und das nicht ohne Grund, denn der Migrantenanteil dort ist nach Auskunft von Rass-Turgut hoch.

Allerdings sollten nicht nur die Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Zuwanderungsgeschichte an „In:Komm“ teilnehmen können, im Gegenteil, so die Integrationsbeauftragte: „Es waren ausdrücklich auch Jugendliche ohne Migrationshintergrund im Projekt willkommen.“

Der nächste Schritt: Die rund 30 Teilnehmer aus mehreren Fachoberschul-Klassen befassten sich mit grundsätzlichen Fragen der Kommunalverfassung im Land Niedersachsen: Wie setzt sich der Stadtrat überhaupt zusammen? Welche Aufgaben haben die Ausschüsse? Wie können sich die Jugendlichen dort einbringen? Und: Welchen Stellenwert haben Migrationsthemen überhaupt. Diese und viele andere Fragen beantworteten die Mitarbeiter der Verwaltung und der kommunalen Gremien.

Die Schulungen gingen im August vergangenen Jahres über die Bühne. Allerdings nicht als Frontalunterricht, sondern als interaktive Workshops. So führten die Jugendlichen Interviews mit Vertretern des Stadtrates, des Migrationsbeirates und Osnabrücker Bürgern in der Innenstadt. „Jede Stimme zählt, aber was heißt das eigentlich?“, wollte eine Schülerin beispielsweise wissen. Dieser Ansatz sei bei den Jugendlichen selbst und bei den Projektverantwortlichen ziemlich gut angekommen.

Rass-Turgut hebt unter anderem hervor: „Die Jugendlichen haben insbesondere die Empowerment-Workshops, die Medienarbeit sowie die Zusammenarbeit mit Akteuren im Rathaus als positiv bewertet.“ Inzwischen wüssten die jungen Teilnehmer, dass Demokratie im Großen und im Kleinen nur dann funktioniere, wenn sich möglichst viele Menschen daran beteiligen.

Die Schülerin Miray Küçük dürfte denn auch den meisten Teilnehmern aus dem Herzen sprechen: „Das Projekt (...) hat mir persönlich sehr gefallen und mich dazu motiviert, mich mehr an der Politik zu beteiligen (...). Die lockere Atmosphäre hat alles vereinfacht und einen mehr motiviert.“ Sie habe gemerkt, dass alle sehr viel Spaß hatten beziehungsweise haben und trotzdem das Projekt ernst genommen hätten. Um die positiven Effekte für die Zukunft zu sichern, werden die Jugendlichen weiterhin beraten und begleitet, wenn es um ihr Engagement geht. „Der Migrationsbeirat und das Jugendparlament sind die ersten Einsatzfelder“, sagt Rass-Turgut.

Das Projekt hat nach Auskunft der Integrationsbeauftragten genau 121.853 Euro gekostet. Davon steuerte das Bundesfamilienministerium rund 92.000 Euro bei. Der städtische Kofinanzierungsanteil sei mit kommunalen Personalausgaben gestellt worden.

Weitere Informationen gibt es unter:
www.osnabrueck.de



HAUTFARBE = ROSA?

Deutschland ist längst bunt! Jetzt malen Kinder sich selbst und ihre Freunde endlich so, wie sie wirklich aussehen: mit den **12 Hautfarben-Buntstiften von GoVolunteer**.

Hol Dir jetzt Dein Set und unterstütze damit unsere Integrationsprojekte für Kinder:

www.startnext.com/hautfarben



SO BUNT IST
DEUTSCHLAND